

Fraktionsübergreifender Antrag vom 26.4.2018

Betreff: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, REPUBLIKANER sowie der FDP im Stadtrat Germersheim zur geplanten Erweiterung des Gefahrstofflagers im US-Depot

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, REPUBLIKANER sowie der FDP im Stadtrat Germersheim beantragen die Aufnahme des Punktes „Erweiterung des Gefahrstofflagers im US-Depot“ auf die Agenda der nächsten Stadtratssitzung und das Thema zur Diskussion und Beschlussfassung zu stellen.

Die US-Army (DLA) betreibt im Gebäude 7983 ein Gefahrstofflager mit 1200 to giftiger und explosiven Stoffen und im Gebäude 7915 ein Gefahrstofflager für giftige und hochgiftige Stoffe mit einer Lagerkapazität von max. 70 to und hat die Erweiterung des Lagers auf nunmehr max. 1.900 to beantragt, in welchem nun auch die Lagerung dieser giftigen und hochgiftigen Stoffe in Reinform bis zu 50 to erlaubt werden soll. Der zunächst gestellte Antrag wurde nach intensiver Antragsprüfung, unter anderem durch engagierte Bürgerinnen und Bürger und der Kreisverwaltung durch diese wegen Unvollständigkeit zurückgewiesen. Ein Hauptkritikpunkt war dabei die unvollständige Darstellung zur Gefahrenabwehr im Falle eines Störfalls.

Der Antrag wurde zwischenzeitlich überarbeitet und erneut zur Genehmigung eingereicht. Eine erneute Offenlegung der Antragsunterlagen ist noch nicht erfolgt.

Der Rat möge nachfolgende Resolution an die Kreisverwaltung beschließen:

Antrag zur Beschlussfassung des Stadtrates:

Der Stadtrat ersucht die Kreisverwaltung, bei einer Genehmigung des Antrags den Betreiber **unter Ausnutzung sämtlicher rechtlicher Möglichkeiten** dazu zu verpflichten, die Sicherheitsstandards, wie sie auch für jedes zivile Gefahrstofflager vorgeschrieben sind, anzuerkennen, diese umzusetzen und einer regelmäßigen jährlichen Prüfung analog eines zivilen Gefahrstofflagers zu unterziehen hat.

Grundlage ist die strikte Einhaltung des geltenden Rechts und aller damit verbundenen Vorschriften und Richtlinien sowie die Empfehlungen der zuständigen Fachbehörden.

Der Rat der Stadt Germersheim betont ausdrücklich, dass die Sicherheit und Unversehrtheit von Mensch und Umwelt vorrangig vor militärischen oder wirtschaftlichen Interessen zu stehen hat.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pfliegensdörfer
SPD

Jens Schafberg
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Alfons Braun
REPUBLIKANER

Heidi Kokkinis-Brotz
FDP